Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Integration

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4325

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg (Landesanererkennungsgesetz Baden-Württemberg – LAnGBW)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4325 – mit folgenden Änderungen zuzustimmen:

I. In Artikel 12 wird folgende Nummer 6 angefügt:

„6. § 27 wird wie folgt gefasst:

§ 27
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

II. In Artikel 13 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 22 wird wie folgt gefasst:

§ 22
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

III. In Artikel 14 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

IV. In Artikel 15 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

V. In Artikel 16 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

VI. In Artikel 17 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

VII. In Artikel 18 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

VIII. In Artikel 19 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

IX. In Artikel 20 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

X. In Artikel 21 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 22 wird wie folgt gefasst:

§ 22
Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

11. 12. 2013

Der Berichterstatter:

Gerhard Kleinböck

Die Vorsitzende:

Katrin Schütz

Bericht

Der Ausschuss für Integration hat in seiner 18. Sitzung am 11. Dezember 2013 den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg (Landesanererkennungsgesetz Baden-Württemberg – LANGBW) – Drucksache 15/4325 – beraten.

Die hierzu eingebrachten Änderungsanträge Nr. 1 und 2 (*Anlagen 1 und 2*) sind diesem Bericht als *Anlage* beigelegt.

Die Vorsitzende schlägt vor, für den Fall, dass der schriftliche Bericht über die heutige Ausschussberatung des Gesetzentwurfs nicht bis zur Plenarsitzung am 18. Dezember 2013, in der die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs stattfindet, vorgelegt werden könne, mündliche Berichterstattung zu beschließen.

Der Ausschuss ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Allgemeine Aussprache

Die Ministerin für Integration führt aus, die im öffentlichen Teil dieser Sitzung durchgeführte Anhörung zu dem im Entwurf vorliegenden Landesanererkennungsgesetz habe sie als sehr aufschlussreich empfunden. Im Großen und Ganzen habe sie sehr positive Rückmeldungen zum Gesetzentwurf, aber auch zur gängigen Praxis der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen vernommen. Es sei geschildert worden, dass das Verfahren bereits sehr gut funktioniere und an diesem festgehalten werden sollte. Dies gelte auch in Bezug auf die Ingenieurberufe. Die Mehrheit der Angehörten habe sich hinsichtlich des Gesetzentwurfs sehr positiv geäußert.

Eine Vertreterin der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft e. V., habe zum Ausdruck gebracht, dass die Lesbarkeit der Gesetze verbessert werden sollte. Bei künftigen Gesetzesvorhaben werde das Integrationsministerium diesen wertvollen Hinweis berücksichtigen. Auch die Landesregierung insgesamt und die Verwaltung sollten sich dies für die Zukunft zum Ziel setzen. Sie könne jedoch nicht sagen, ob sich die Lesbarkeit des im Entwurf vorliegenden Landesanererkennungsgesetzes nun noch verbessern lasse.

Ein Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V., Diakonisches Werk Baden, habe den Gesetzentwurf als fortschrittlich bezeichnet.

Der vorgesehene Rechtsanspruch auf Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen sei sehr gelobt worden. Obwohl klar formuliert worden sei, dass diese Beratung kostenfrei erfolge, hätte dies vonseiten ihres Hauses vielleicht noch deutlicher hervorgehoben werden können.

Im Zusammenhang mit dem Thema Mangelberufe sei in der Anhörung mitgeteilt worden, dass gerade beim Erziehungspersonal nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität geachtet werden müsse. Diese Auffassung teile sie ausdrücklich. Sie bewerte es als gut, dass nun ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz bestehe. Dies helfe den Eltern, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, und ermögliche eine frühkindliche Förderung der Kinder in einer Kita. Dies sei auch aus integrationspolitischer Sicht und insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund sinnvoll.

Eine Vertreterin des Gemeindetags Baden-Württemberg habe darauf hingewiesen, dass sich der Fachkräftemangel bei den Erzieherberufen nicht allein durch ausländische Fachkräfte beheben lasse, sondern dass auch hier aktiv Maßnahmen ergriffen werden müssten. Dieser Hinweis habe sie erstaunt. Die grün-rote Landesregierung habe sich das Ziel gesetzt, dafür zu werben, dass mehr Migranten erzieherische Berufe wählten. Selbstverständlich sollten auch mehr Männer einen Beruf in diesem Bereich ergreifen. Vielleicht sei etwas mehr für die Attraktivität der Erzieherberufe zu unternehmen. Dies gelte unabhängig davon, ob ein Migrationshintergrund bestehe. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffe letztere Aspekte an sich jedoch nicht.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU trägt vor, in Bezug auf die Erarbeitung des Gesetzentwurfs habe es eine zeitliche Problematik gegeben. Dennoch habe eine Abgeordnete der Fraktion der CDU zum vorliegenden Gesetzentwurf schon grundsätzlich positiv Stellung bezogen.

Das Landesanererkennungsgesetz werde die bundesrechtlichen Vorgaben um Regelungen für die landesrechtlich geregelten Berufe ergänzen, damit Rechtssicherheit schaffen und Baden-Württemberg als ein für Beschäftigung attraktives Land weiter voranbringen können.

Die Anhörungsergebnisse rechtfertigten die Vorschläge, die er in dem von ihm initiierten Änderungsantrag (*Anlage 2*) dargelegt habe, durchaus zusätzlich. Die Referenten hätten in der Anhörung grundsätzlich alle im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen begrüßt. Diese Regelungen kämen wohl aus den Firmen, der Bevölkerung und den Kommunen heraus.

Dass ein Fachkräftemangel herrsche, sei bekannt. Bezüglich des Bereichs „Koordination und Steuerung“ und des Personals bei den Regierungspräsidien „knirsche“ es noch. Hinsichtlich der Bearbeitung der Anträge bestünden bei den Pflege- und Heilberufen Engpässe, was sich in der Bearbeitungszeit niederschlage.

Für einen Arbeitgeber, wie ein Krankenhaus oder ein Pflegeheim, sei es sehr unattraktiv, monatelang warten zu müssen, bis ein potenzieller Beschäftigter einen Bescheid darüber erhalte, ob sein ausländischer Berufsabschluss anerkannt werde. Wenn die Anerkennung an einer anderen Stelle schneller erfolge, gehe die betreffende Person im Zweifelsfall dorthin. Grundsätzlich stehe dies nicht mit dem Gesetz im Zusammenhang. Vielmehr sei es eine Frage des Verwaltungshandelns, der Ausführung des gesetzgeberischen Auftrags sowie der Implementierung innerhalb der Landesverwaltung und insbesondere bei den Regierungspräsidien.

Mit dem von ihm eingebrachten Änderungsantrag wolle die CDU u. a. die Stellung des Integrationsministeriums stärken. Dieses Ministerium sollte bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse die koordinierende Funktion übernehmen. Entsprechend dem vorliegenden Gesetzentwurf wären die einzelnen Fachministerien in diesem Bereich sehr dominant.

Auch aus der Sicht seiner Fraktion sei es sinnvoll, die Zuständigkeit für die Anerkennung im Bereich einzelner Berufsgruppen in einem Regierungspräsidium zu bündeln. Letzteres habe auch die Anhörung ergeben. Die Anerkennung sollte nicht in jedem der vier Regierungspräsidien für alle Berufe vorgenommen werden. Mit einer Zustimmung zu dem von ihm gestellten Änderungsantrag werde den Regierungspräsidien die Möglichkeit zur Koordinierung gegeben.

Die Regierungsfractionen beehrten mit ihrem Änderungsantrag (*Anlage 1*), die Anerkennung im Bereich der Pflegeberufe auf das Regierungspräsidium Stuttgart zu konzentrieren. Die CDU schlage eine weiter gefasste Regelung vor, wonach sich die Regierungspräsidien untereinander einigen sollten, welches Regierungspräsidium die Anerkennung für welchen Bereich übernehme. Ihn interessiere, ob die von den Regierungsfractionen beantragte Bündelung der Zuständigkeit mit dem Regierungspräsidium Stuttgart abgeklärt sei. Bisher habe dieses Regierungspräsidium eher geäußert, es habe nicht genügend Personal und wolle an sich eher Aufgaben abgeben.

Weiter schlage die CDU vor, dass die Welcome Center, die in den Regionen unter Beteiligung der IHKs, der Bundesagentur für Arbeit, der Kammern, der Kommunen und der Firmen entwickelt würden, als einheitliche Ansprechpartner zur Verfügung stehen sollten. Die Welcome Center könnten Anträge auf Anerkennung der Berufsqualifikationen annehmen und die Möglichkeit bieten, den Beratungsanspruch zu erfüllen. Darüber hinaus rege seine Fraktion an, dies mit dem Thema Integrationsvereinbarung zu verknüpfen, um vor Ort zu steuern, wenn eine Teilanerkennung stattfindet, sich der Betroffene aber weiterqualifizieren wolle, um die tatsächliche Berufsqualifikation zu erhalten. Im Sinne eines Frontoffice-Backoffice-Prinzips sollte es vor Ort Ansprechpartner geben und sollten im Regierungspräsidium die Qualifikation und die Fachlichkeit für die Anerkennung gebündelt sein.

Mit dem von ihm vorgelegten Änderungsantrag rege die CDU-Fraktion außerdem an, hinsichtlich der Anerkennung die Gebühren und die Standards zwischen den Bundesländern zu vereinheitlichen, um nicht einen Konkurrenzkampf der Länder aufkommen zu lassen.

Baden-Württemberg fordere für die Anerkennung ein höheres Sprachniveau als andere Bundesländer. Dies sei richtig, doch müsse Baden-Württemberg darauf hinwirken, dass die anderen Bundesländer dieses Niveau übernahmen. Der Sprache komme bei Pflegekräften und Ärzten eine sehr wichtige Funktion für die Kommunikation mit den Patienten und innerhalb der entsprechenden Abteilungen zu.

Der Gesetzentwurf sehe die Möglichkeit vor, Aufgaben an Dritte, wie z. B. die Architektenkammer, zu übertragen. Dahingehend habe sich bei der CDU durch die Anhörung keine klare Präferenz in eine Richtung ergeben. Er empfinde den Streit zwischen der Ingenieurkammer und dem VDI hinsichtlich der Aufgabenübertragung als peinlich. Bei einer solchen Frage sollten die Fachlichkeit und der Mehrwert für Baden-Württemberg im Vordergrund stehen. Insofern sei seine Fraktion durchaus der Meinung, dass die Landesregierung verantwortlich entscheiden werde, wem sie die Aufgabe der Anerkennung im Bereich der Ingenieurberufe übertrage.

Die CDU halte es nicht für erforderlich, für den Beratungsanspruch ein eigenes Gesetz zu schaffen. Vielmehr schlage seine Fraktion in dem von ihm initiierten Antrag im Sinne der Verständlichkeit und der Klarheit des Verwaltungshandelns sowie der Lesbarkeit des Gesetzes vor, diesen Anspruch in einem eigenen Paragraphen in das Gesetz zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg aufzunehmen.

Gesetzeswerke sähen als Standard vor, dass bei Streitigkeiten der Verwaltungsweg beschritten werden könne. Damit werde den Menschen der Rechtsanspruch gegeben, einen entsprechenden Widerspruch einlegen zu können. Eine solche Möglichkeit gebe es auch bei allen anderen Verwaltungsakten. Personen mit einem ausländischen Berufsabschluss sollten nicht benachteiligt werden. Vielmehr sollte ihnen der gleiche Rechtsstandard garantiert werden. Daher sehe der von ihm vorgelegte Änderungsantrag die Regelung vor, dass bei Streitigkeiten der Verwaltungsweg beschritten werden könne.

Die Regierungsfractionen beehrten mit ihrem Änderungsantrag, die Zuständigkeit für die Anerkennung im Bereich der Pflegeberufe beim Regierungspräsidium Stuttgart zu bündeln. Ob seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde, mache sie davon abhängig, inwiefern sich das Regierungspräsidium Stuttgart in der Lage sehe, die Aufgaben, die mit der vorgesehenen Bündelung der Zuständigkeit einhergingen, zu bewältigen, bzw. davon, ob die Landesregierung das Beantragte haushaltsmäßig mit einer Stellenaufstockung begleite.

Er hielte es für besser, es den Regierungspräsidien insgesamt selbst zu überlassen, wie sie die Zuständigkeiten für die Anerkennung bündeln wollten, wobei auch dann die letzte Entscheidung bei den Ministerien liege.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE bringt zum Änderungsantrag des Abgeordneten der Fraktion der CDU (*Anlage 2*) vor, aus der Sicht der Grünen sei eine möglichst „schlanke“ Zuständigkeit durchaus sinnvoll, damit nicht die Zahl der Stellen ausufere und unübersichtliche Strukturen geschaffen würden. Es seien einheitliche Strukturen vorhanden, da in den Strukturen, in denen Migranten vor Ort beraten würden, auch eine Beratung über die Anerkennung und das Anerkennungsverfahren angeboten werden sollte. Insofern gebe es im Land eine öffentlich sichtbare Struktur für den Kontakt mit Antragstellern.

Er fährt fort, für die Bearbeitung der Anträge würden klare Zuständigkeiten und geordnete Strukturen benötigt. Seine Fraktion unterstütze alle Bemühungen in diese Richtung. Es habe sich als praktikabel erwiesen, die Zuständigkeit für einen Teilbereich beim Regierungspräsidium Stuttgart zusammenzufassen. Deshalb hätten die Regierungsfractionen einen entsprechenden Änderungsantrag (*Anlage 1*) vorgelegt.

Die mit diesem Gesetzesvorhaben verfolgten Ziele würden sehr grundsätzlich erreicht. Es werde ein einfaches, klares Verfahren mit Garantien und Unterstützungsangeboten für die Antragsteller angestrebt. Auch weiterhin werde überlegt, wie Antragsteller während des Verfahrens unterstützt werden könnten. Es bestehe Bedarf, den Anlaufprozess weiterzuverfolgen und zu beobachten, ob der Mechanismus des in Rede stehenden Gesetzes auch im Sinne der Initiatoren des vorliegenden Antrags funktioniere.

Einige Regelungen, die der Änderungsantrag des Abgeordneten der CDU vorsehe, würden an sich die Einheitlichkeit der Ländergesetze und des Bundesgesetzes aufheben. Diese Einheitlichkeit sei den Regierungsfractionen wichtig und werde auch von der CDU angestrebt. Die Grünen könnten den Hintergrund des Antrags nachvollziehen, sähen diesen jedoch an sich als abgedeckt an.

Seine Fraktion sei sehr darum bemüht, „schlanke“ Strukturen zu schaffen, doch sollten diese nicht um jeden Preis erreicht werden. Vielmehr müssten sie auch leistungsfähig sein. Der o. g. Antrag sehe vor, die strenge Ressortzuständigkeit für die einzelnen Fachberufe zugunsten einer verschränkten Zuständigkeit aufzuheben. Mit der Umsetzung dieses Vorschlags würden in erheblichem Maß Parallelstrukturen aufgebaut, da dann Fachministerien und das Integrationsministerium als das für das Anerkennungsgesetz zuständige Ressort zu der gleichen Thematik Kompetenzen vorhielten. Die Grünen sähen darin keinen sinnvollen und zweckgenauen Einsatz von Ressourcen. Seine Fraktion halte die Vorschläge der CDU im Sinne eines funktionierenden Gesetzes zwar für im Prinzip begrüßenswert, doch in der Sache nicht für hilfreich. Letztlich wäre die Umsetzung dieser Vorschläge für die Funktionsweise des Gesetzes nachteilig.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP teilt mit, die öffentliche Anhörung zum Landesanererkennungsgesetz sei durchaus wertvoll gewesen und lasse den einen oder anderen weiteren Aspekt in die Arbeit mit einfließen.

Die „kindische Auseinandersetzung“ zwischen dem VDI und der Ingenieurkammer mache deutlich, welche Hintergründe bestünden. Die Anhörung habe ganz klar gezeigt, wie groß die Not in Bezug auf die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen tatsächlich sei. Daher halte er es für wichtig, dass das Landesanererkennungsgesetz endlich verabschiedet werde.

Von Anfang an habe seine Fraktion darauf hingewiesen, dass das Landesanererkennungsgesetz Baden-Württembergs in sich homogen sein sollte. Auch die Anerkennungsgesetze der Länder im Vergleich müssten homogen sein. Wie die Ministerin mehrfach angesprochen habe, müsse sich das Integrationsministerium mit den anderen Bundesländern abstimmen, um zu gewährleisten, dass möglichst in allen Ländern das gleiche bzw. ein ähnliches Landesanererkennungsgesetz bestehe. Diesbezüglich sei der Änderungsantrag der Regierungsfaktionen (*Anlage 1*), die Anerkennung der Berufe im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe von vornherein beim Regierungspräsidium Stuttgart zu bündeln, kontraproduktiv. Diese Bündelung entspreche auf keinen Fall dem Anspruch der Homogenität im Vergleich zu den Gesetzen der anderen Bundesländer.

Der Änderungsantrag des Abgeordneten der Fraktion der CDU (*Anlage 2*) sehe vor, dass das Integrationsministerium die Möglichkeit erhalten sollte, die Zuständigkeit für die Anerkennung bei den Regierungspräsidien zu belassen. In der Anhörung sei klar zum Ausdruck gekommen, dass manche Kammern bzw. Verbände hinsichtlich der Anerkennung Verantwortung übernehmen wollten und andere nicht. Daher wäre der Vorschlag des Abgeordneten der Fraktion der CDU praktikabel. Die FDP/DVP werde diesen Änderungsantrag mittragen.

Das Thema „Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ biete für das Integrationsministerium die große Chance, endlich aus dem Schatten anderer Ministerien herauszutreten, indem es die für die Anerkennung zuständigen Stellen festlege.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bemerkt, er sei über die Rücksicht, die der erstgenannte Abgeordnete der Fraktion der CDU und der Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP soeben gegenüber dem Integrationsministerium zum Ausdruck gebracht hätten, und die Äußerungen betreffend einer Aufwertung dieses Ressorts etwas überrascht.

Er gehe davon aus, dass mit einer Zustimmung zum Änderungsantrag des Abgeordneten der Fraktion der CDU (*Anlage 2*) keine Beschleunigung der Anerkennungsverfahren bewirkt würde. Die in der Anhörung geschilderten Probleme betreffen die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen.

Die Ministerpräsidentenkonferenz habe dazu angehalten, die Zuständigkeiten bezüglich der Anerkennung zu bündeln. Die Regierungspräsidien würden mit einbezogen, da sie dezentrale Anlaufstellen bilden könnten.

Die im Änderungsantrag des Abgeordneten der Fraktion der CDU gemachten Vorschläge bezüglich Integrationsvereinbarungen und eines Einvernehmens des Integrationsministeriums ergänzten den Gesetzentwurf nicht zielführend. Er halte dies insgesamt nicht für erforderlich. Die Vorschläge könnten abgelehnt werden, ohne dass dadurch das Gesetz beschädigt würde.

Seiner Ansicht nach sollte der Beratungsanspruch in einem eigenständigen Gesetz verankert werden. So habe es auch Hamburg gehandhabt. In Hessen sei der Beratungsanspruch in den entsprechenden Gesetzentwurf selbst aufgenommen worden. Dies sei erst im parlamentarischen Verfahren geschehen. Beide Wege halte er für durchaus gangbar.

Die Ministerin für Integration erklärt, zumindest Artikel 1 des Gesetzentwurfs sei mit den Landesanererkennungsgesetzen anderer Bundesländer identisch. Die Artikel 2 bis 27 betreffen länderspezifische Fachgesetze zu Berufen, die auf Landesebene

zu regeln seien. Dass sich die Landesanererkennungsgesetze der Länder durchaus unterscheiden könnten, sei auch der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland geschuldet.

Ein zentrales Wesensmerkmal des im Entwurf vorliegenden Landesanererkennungsgesetzes sei die Regelung, dass innerhalb von drei Monaten hinsichtlich der Anerkennung ein Bescheid zu erfolgen habe. Damit solle gewährleistet werden, dass sich die Verfahren nicht in die Länge zögen. Diese Frist von drei Monaten beginne zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antragsteller alle erforderlichen Unterlagen eingereicht habe.

Dem Abgeordneten der Fraktion der CDU halte sie entgegen, dass die anderen Ministerien nicht zu dominant, sondern für bestimmte Angelegenheiten einfach zuständig seien. Diese Zuständigkeiten sollten erhalten bleiben, da diese Ressorts über die erforderliche Fachkompetenz verfügten. Sie gehe davon aus, dass alle Ministerien im Interesse der Bürger und des Landes handelten. Ihr Haus sei selbstverständlich bereit, weiterhin auch koordinierend tätig zu sein, gerade was die Anpassungsqualifizierung angehe.

Sie spreche auch den Mitarbeitern der anderen Ministerien ein Lob aus und bedanke sich für die sehr gute Zusammenarbeit.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU habe vorgebracht, die Regierungspräsidien verfügten nicht über genügend Mitarbeiter. Das Integrationsministerium habe diesbezüglich eine andere Information.

Selbstverständlich werde gegenwärtig darüber diskutiert, dass die Zahl der Personalstellen in der Landesverwaltung reduziert werden sollte bzw. dass das Land auch dort sparen müsse. Daher gebe es auch in den Regierungspräsidien ohnehin schon viel Aufregung.

In Absprache mit dem Innenministerium und den zuständigen Regierungspräsidien habe das Integrationsministerium vereinbart, gerade im Hinblick auf die Anerkennung im Bereich der Erzieher- und der Gesundheitsberufe, bei denen ein Mangel bestehe, in den Regierungspräsidien den Bestand um insgesamt 6,5 Stellen aufzustocken. Die Anerkennung sollte möglichst schnell und möglichst reibungslos erfolgen.

Der VDI und die Ingenieurkammer, die sich in einer Auseinandersetzung befänden, verträten sicherlich beide verständliche Interessen. Es bestünden gute Gründe, das bisherige Verfahren, bei dem die Regierungspräsidien für die Anerkennung im Bereich der Ingenieurberufe zuständig seien, beizubehalten. Dies entspreche auch der Auffassung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, das diesbezüglich zuständig sei. Die in der Anhörung vorgebrachten Argumente seien abgewogen worden. Die Mehrzahl der Angehörten habe sich für die Beibehaltung des bisherigen Verfahrens ausgesprochen. Hingegen vertrete die Ingenieurkammer eine andere Auffassung. Im Gesetzgebungsverfahren hätten die Abgeordneten das letzte Wort. SPD und Grüne wollten am bisherigen Verfahren für die Anerkennung im Bereich der Ingenieurberufe wohl nichts ändern.

Ein Vertreter des Ministeriums trägt vor, der Abgeordnete der Fraktion der CDU beantrage, im Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg niederzulegen, dass für Streitigkeiten nach diesem Gesetz der Verwaltungsrechtsweg gegeben sei. Das Integrationsministerium halte dies für entbehrlich, da § 7 Absatz 3 des im Entwurf vorliegenden Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes ausdrücklich vorsehe, dass den Bescheiden über die Gleichwertigkeitsprüfung eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen sei. Damit sei völlig unstrittig der Verwaltungsrechtsweg eröffnet. Bei dem genannten Bescheid handle es sich um einen Verwaltungsakt, sodass bei einer Ablehnung dagegen Widerspruch eingelegt und geklagt werden könne.

Die geplante Konzentration der Zuständigkeit für die Anerkennung im Bereich der Gesundheitsberufe im Regierungspräsidium Stuttgart sei mit dem Innenministerium und den Regierungspräsidien abgestimmt.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU bringt vor, seine Fraktion werde dem Änderungsantrag der Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der Abgeordneten der Fraktion der SPD (Anlage 1) nicht zustimmen, sondern sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die CDU sei zwar inhaltlich der Meinung, dass die betreffenden Zuständigkeiten konzentriert bzw. gebündelt werden sollten. Doch müsste es nach Ansicht seiner Fraktion möglich sein, Stellen umzuschichten, statt neue Stellen im Haushalt zu schaffen, da in den Regierungspräsidien Tausende Mitarbeiter beschäftigt seien.

Einzelabstimmung

Artikel 1

Gesetz zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Baden-Württemberg – BQFG-BW)

Abschnitt I des Änderungsantrags des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU (*Anlage 2*) wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt Artikel 1 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/4325 in der ursprünglichen Fassung ohne förmliche Abstimmung zu.

Artikel 2 bis Artikel 11

Einstimmig zugestimmt.

Artikel 12 bis Artikel 21

Dem Änderungsantrag der Abg. Daniel Andreas Lede Abal u. a. GRÜNE und der Abg. Rosa Grünstein u. a. SPD (*Anlage 1*) wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Ausschuss stimmt den Artikeln 12 bis 21 mit den beschlossenen Änderungen ohne förmliche Abstimmung zu.

Artikel 22 bis Artikel 27

Einstimmig zugestimmt.

Artikel 28

Gesetz über die Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (Anerkennungsberatungsgesetz)

Abschnitt II des Änderungsantrags des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU (*Anlage 2*) wird mehrheitlich abgelehnt.

Artikel 28 in der ursprünglichen Fassung wird ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

Artikel 29

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 15/4325 insgesamt mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich zu.

22. 01. 2014

Gerhard Kleinböck

Anlage 1

**Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode**

Nr. 1

Änderungsantrag

**der Abg. Daniel Andreas Lede Abal u. a. GRÜNE und
der Abg. Rosa Grünstein u. a. SPD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4325

**Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-
Württemberg (Landesanererkennungsgesetz Baden-Württemberg – LAnGBW)**

Der Landtag wolle beschließen:

I. In Artikel 12 wird folgende Nummer 6 angefügt:

„6. § 27 wird wie folgt gefasst:

§ 27

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das
Regierungspräsidium Stuttgart.“

II. In Artikel 13 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 22 wird wie folgt gefasst:

§ 22

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das
Regierungspräsidium Stuttgart.“

III. In Artikel 14 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regie-
rungspräsidium Stuttgart.“

IV. In Artikel 15 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

V. In Artikel 16 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

VI. In Artikel 17 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

VII. In Artikel 18 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

VIII. In Artikel 19 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

IX. In Artikel 20 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 23 wird wie folgt gefasst:

§ 23

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

X. In Artikel 21 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. § 22 wird wie folgt gefasst:

§ 22

Zuständigkeit

Zuständige Behörde für die Durchführung dieses Abschnitts ist das Regierungspräsidium Stuttgart.“

10. 12. 2013

Lede Abal, Fritz, Manfred Kern, Mielich, Poreski GRÜNE

Grünstein, Bayer, Kleinböck, Wahl, Wölfle SPD

Begründung

Eines der zentralen Ziele des Landesanererkennungsgesetzes ist die Bündelung von Zuständigkeiten für die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen. Dabei gilt der Grundsatz, dass pro Beruf bzw. Berufsgruppe nur eine Stelle im Land Baden-Württemberg zuständig sein soll. Insoweit wird den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15. Dezember 2010 und der Kultusministerkonferenz vom 15. September 2011 Rechnung getragen, wonach eine Bündelung der Zuständigkeiten Vorrang vor der Schaffung neuer Strukturen hat. Ferner wird damit dem von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bei ihrer Konferenz am 13. Juni 2013 gefassten Beschluss entsprochen, wonach der Verwaltungsvollzug der Anerkennungsgesetze von Bund und Ländern durch weitere Bündelungen von Kompetenzen und Zuständigkeiten vereinheitlicht werden soll.

Die bisherigen Zuständigkeiten der Regierungspräsidien für die Anerkennungsverfahren im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe sowie der Weiterbildungen im Pflegebereich werden beim Regierungspräsidium Stuttgart gebündelt.

Anlage 2**Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode****Nr. 2****Änderungsantrag****des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4325****Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg (Landesanererkennungsgesetz Baden-Württemberg – LAnGBW)**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Artikel I wird wie folgt geändert:

1. In § 8 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Soweit dies zu einer effizienteren Aufgabenerledigung beiträgt, kann die zuständige Stelle im Benehmen mit dem jeweils zuständigen Ministerium die Durchführung einzelner, inhaltlich abgegrenzter Aufgabenteile die dem Erlass des Bescheids i. S. d. § 7 vorgeschaltet sind, auf andere Stellen, die Teile der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragen.

Für eine Übertragung zwischen nachgeordneten Behörden derselben obersten Landesbehörde gilt das Benehmen als erteilt, sofern nicht das zuständige Ministerium der Übertragung binnen eines Monats ab deren Anzeige widerspricht. Das Ministerium für Integration wird von der Aufgabenübertragung in Kenntnis gesetzt.“

2. Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:

„Das zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Integration die Aufgaben abweichend von Absatz 1 auf andere Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, durch Rechtsverordnung übertragen. Durch Rechtsverordnung soll darüber hinaus bestimmt werden, ob eine Stelle ihre Aufgaben als einheitliche Stelle i. S. d. § 71 a LVwVfG wahrnimmt. Zuständig ist

1. für die in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Berufe das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz,
2. für die in Absatz 1 Nummer 3 und 4 genannten Berufe das Kultusministerium,
3. im Übrigen das für das jeweilige Fachrecht zuständige Ministerium.

Das zuständige Ministerium wirkt gemeinsam mit dem Ministerium für Integration auf die Bündelung wesensgleicher Aufgaben bei einer Stelle sowie die flächendeckende Einrichtung einheitlicher Stellen i. S. d. § 71 a LVwVfG hin.“

3. § 10 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„In dem Bescheid wird zudem festgestellt, durch welche Maßnahmen nach § 11 die wesentlichen Unterschiede gegenüber dem erforderlichen landesrechtlich geregelten Ausbildungsnachweis ausgeglichen werden können. Dem Bescheid soll das Angebot auf Abschluss oder Anpassung einer Integrationsvereinbarung beigelegt werden, in welcher insbesondere Art, Umfang, Durchführung und wesentliche Zwischenziele der Ausbildungsmaßnahme vereinbart werden.“

4. § 11 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Bei der Ausgestaltung der Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Absatzes 1 sind die vorhandenen Berufsqualifikationen der Antragstellerin oder des Antragstellers zu berücksichtigen. Der Inhalt der Ausgleichsmaßnahmen ist auf die festgestellten wesentlichen Unterschiede im Sinne des § 9 Absatz 2 zu beschränken. Die für das jeweilige Fachrecht zuständigen Ministerien regeln Inhalt und Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen im Benehmen mit dem Ministerium für Integration durch Rechtsverordnung.“

5. § 13 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„Die zuständige Stelle richtet sich nach dem jeweiligen Fachrecht. Soweit dies zu einer effizienteren Aufgabenerledigung beiträgt, kann die zuständige Stelle im Benehmen mit dem jeweils zuständigen Ministerium die Durchführung einzelner, inhaltlich abgegrenzter Aufgabenteile die dem Erlass des Bescheids i. S. d. § 10 vorgeschaltet sind, auf andere Stellen, die Teile der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragen.

Soweit die Übertragung zwischen nachgeordneten Behörden derselben obersten Landesbehörde erfolgt, gilt das Benehmen als erteilt, sofern nicht das zuständige Ministerium der Übertragung binnen eines Monats ab deren Anzeige widerspricht. Das Ministerium für Integration wird von der Aufgabenübertragung in Kenntnis gesetzt.“

6. § 13 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„Das für das jeweilige Fachrecht zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Integration die Aufgaben abweichend von Absatz 5 auf andere Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, durch Rechtsverordnung übertragen. Durch Rechtsverordnung soll darüber hinaus bestimmt werden, ob eine Stelle ihre Aufgaben als einheitliche Stelle i. S. d. § 71 a LVwVfG wahrnimmt.

Das zuständige Ministerium wirkt gemeinsam mit dem Ministerium für Integration auf die Bündelung wesensgleicher Aufgaben bei einer Stelle sowie die flächendeckende Einrichtung einheitlicher Stellen i. S. d. § 71 a LVwVfG hin.

§ 2 Abs. 2 des Ingenieurkammergesetzes bleibt mit der Maßgabe unberührt, dass das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen das Integrationsministerium über einen Verordnungserlass in Kenntnis setzt.“

7. § 13 Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„Das für das jeweilige Fachrecht zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem Integrationsministerium die Aufgaben abweichend von Absatz 5 auf eine andere Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt und deren Sitz in einem anderen Bundesland liegt durch Rechtsverordnung übertragen. Es kann Einzelheiten der Zuständigkeitsübertragung nach Satz 1 durch Verwaltungsvereinbarung mit dem jeweiligen Bundesland regeln. Sollen Aufgaben auf die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen beim Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland übertragen werden, bedarf die Rechtsverordnung zudem des Einvernehmens mit dem Wissenschaftsministerium.“

8. In § 16 Absatz 2 werden die Nummern 6 und 7 angefügt:

„6. die Gebühren für die Feststellung der Gleichwertigkeit im landesrechtlichen Verfahren sowie in den entsprechenden Verfahren der Länder.

7. die Anzahl der Berufsaufnahmen auf Grundlage einer in einem anderen Land festgestellten Gleichwertigkeit.“

9. Nach § 16 wird folgender § 17 eingefügt:

„§ 17

Beratungsanspruch

(1) Inhaberinnen und Inhaber ausländischer Berufsqualifikationen haben einen Anspruch auf Beratung, wenn sie

1. ihren Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg haben oder
2. darlegen, in Baden-Württemberg eine ihren im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen entsprechende Erwerbstätigkeit ausüben zu wollen.

Beratungsansprüche nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Der Anspruch auf Beratung entfällt jedoch, soweit die in Abs. 2 genannten Beratungsleistungen von einer nicht vom Land Baden-Württemberg finanzierten Stelle erbracht werden.

(2) Der Anspruch auf Beratung umfasst die Beratung über die Festlegung des Referenzberufs und über die für die Feststellung der Gleichwertigkeit zuständige Stelle sowie allgemeine Hinweise zu den vorzulegenden Unterlagen, zum Verfahren und zu den Möglichkeiten, Ausgleichsmaßnahmen zu absolvieren. Er erstreckt sich auf bundesrechtlich und landesrechtlich geregelte Berufe.“

10. § 17 wird zu § 18.

11. Nach § 18 wird folgender § 19 eingefügt:

„§ 19

Rechtsweg

Für Streitigkeiten nach diesem Gesetz ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben.“

II. Artikel 28 wird gestrichen.

11. 12. 2013

Dr. Lasotta CDU

Begründung

Allgemeine Erwägungen:

Das Land Baden-Württemberg ist an der Gewinnung ausländischer Fachkräfte, Dienstleister und Handwerker im höchsten Maße interessiert. Interessenten muss ein niedrighschwelliges und zügiges Anerkennungsverfahren zur Verfügung stehen, bei dem neben der Anerkennung auch eine etwa erforderliche Weiterqualifizierung die Kernaufgabe der Verwaltung darstellt. Die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen müssen daher kundenfreundlich, zügig und sowohl auf Seiten der Antragsteller als auch der Verwaltung möglichst ressourcenschonend erfolgen.

Dem Ministerium für Integration soll eine Koordinierungs- und Steuerungsfunktion bei der Ausgestaltung des Anerkennungsverfahrens sowohl hinsichtlich der landesweiten Stellen, die zur Entgegennahme und Prüfung von Anerkennungsanträgen befugt sind, als auch hinsichtlich der Ausgestaltung der Ausgleichsmaßnahmen, erwachsen.

Zu I.:

1. Durch die Änderungen an §§ 8 und 13 soll eine landesweit möglichst flexible und effiziente Aufgabendurchführung sichergestellt werden.

Während die Anerkennung reglementierter und nicht reglementierter beruflicher Qualifikationen eine staatliche Aufgabe ist, soll den zuständigen Stellen die Möglichkeit geschaffen werden, Teile der Aufgabendurchführung (z. B. vergleichende Recherchen und Stellungnahmen) auf Träger öffentlicher Aufgaben auszulagern, um hierdurch Synergien zu heben (kleine Delegation). Die Anerkennung als solche bleibt allerdings der zuständigen Stelle vorbehalten.

Gleichzeitig soll der Verwaltung auf Ebene der Regierungspräsidien die Möglichkeit gegeben werden, Aufgabenkonzentrationen zu erreichen, mit dem Ziel der Synergieschöpfung und der Qualitätssicherung.

Zudem können durch Rechtsverordnung beispielsweise „Welcome Center für internationale Fachkräfte in den Regionen“ zu einer einheitlichen Stelle i. S. d. § 71 a ff LVwVfG ausgebaut werden, um bspw. sog. „front- und back-office-Lösungen“ zu ermöglichen. Auch sonstige Träger, welche beispielsweise bereits Funktionen nach dem Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW) ausüben, könnten im Sinne einer effizienten, unbürokratischen und auf Willkommenskultur ausgerichteten Verfahrensführung, einbezogen werden. Dabei sind die neu geschaffenen Möglichkeiten der Verfahren über eine einheitliche Stelle insbesondere hinsichtlich der Entgegennahme von Anträgen und des elektronischen Verfahrens mit den Regeln des BQFG-BW vereinbar.

Der Verweis auf das Ingenieurkammergesetz dient der Klarstellung.

2. Die Pilotphase über den Abschluss von Integrationsvereinbarungen hat deren Einsatz bestätigt. Durch die gesetzliche Verankerung der Integrationsvereinbarungen in § 10 Abs. 2 soll dieses bewährte Instrument genutzt werden, um mit Antragstellerinnen und Antragstellern „auf Augenhöhe“ Meilensteine für deren berufliche Weiterentwicklung zu vereinbaren und damit zielgerichtet zu einer beruflichen und gesellschaftlichen Integration beizutragen.
3. Hinsichtlich § 11 wird auf die allgemeine Begründung verwiesen.
4. Auf Grundlage der Statistik gem. § 16 soll ein Vergleich zwischen den Gebühren der Länder i. S. d. Artikel 91 d Grundgesetz ermöglicht werden. Auch sollen diese Frühwarnindikatoren einen „Anerkennungstourismus“ anzeigen.

5. Der Beratungsanspruch rechtfertigt nicht den Erlass eines eigenständigen Gesetzes i. S. d. LAngBW-E Artikel 28. Er ist – entsprechend der vergleichbaren Regelung in Hessen – aus Gründen der guten und übersichtlichen Gesetzgebung als § 17 in den Körper des BFQG einzureihen.

Dabei kann auf den Hinweis, dass die Durchführung des Gesetzes Aufgabe des Integrationsministeriums ist unter Hinweis auf Ziff. XI Nr. 4 des Artikel 1 der Bekanntmachung der Landesregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien verzichtet werden.

Eines Beratungsanspruches bedarf es nicht, soweit die Beratung bereits durch einen anderen Träger erbracht wurde.

Zu II.:

Artikel 28 entfällt als Folge der Änderung Ziffer I. 5.